

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Glyphosat - Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit

(Drs. 17/11038)

Präsidentin Barbara Stamm: ...

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als erster Rednerin Frau Kollegin Steinberger – sie steht schon bereit – das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon wieder Glyphosat!

(Heiterkeit der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) – Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja! – Josef Zellmeier (CSU): Woche für Woche!)

Ich kann mir vorstellen, dass Ihnen von der CSU das Thema etwas unangenehm ist; schließlich haben Sie eindeutig die Mehrheit der Menschen in Bayern gegen sich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Offensichtlich haben Sie die Zeichen der Zeit aber noch immer nicht erkannt. Nun steht die Entscheidung kurz bevor; Mitte Mai werden sich die zuständigen Minister treffen und über die weitere Zulassung von Glyphosat entscheiden.

Letzte Woche hat sich schon das Europaparlament mit der Thematik beschäftigt. Leider wurde der Antrag auf ein Verbot von Glyphosat abgelehnt. Trotzdem hat das Europaparlament ein, wenn auch moderates, Zeichen gesetzt; es hat der Neuzulassung von Glyphosat keinen Freibrief erteilt. Für den Einsatz von Glyphosat soll es deutliche Beschränkungen geben, zum Beispiel was die Abgabe an Private angeht, die wir ebenfalls ablehnen. Außerdem soll es kein Glyphosat auf öffentlichen Flächen geben. Auch das ist eine unserer Forderungen. Es soll auch keine Anwendung von Glyphosat mehr vor der Ernte, also keine sogenannte Sikkation, geben. Kurz und gut: Diese Einschränkungen gehen durchaus in die richtige Richtung. Uns reicht das aber noch nicht.

Wenn ich höre, dass Monsanto Unterlagen zurückhält und Abgeordnete diese nur in Leseräumen lesen dürfen – und das nicht einmal bei allen Unterlagen –, dann muss ich mich schon fragen, ob wir uns das alles bieten lassen sollen. Wir sind dazu jedenfalls nicht bereit. Müssen wir uns im Vorgriff auf TTIP das alles schon gefallen lassen? – Das kann es doch wohl nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns in der Vergangenheit fast nur mit den Auswirkungen dieses Pflanzengiftes auf den Menschen beschäftigt, was sehr wichtig ist. Das ist aber nur ein Teilaspekt. Es schaut nämlich auch

schlimm bei den Auswirkungen auf die Umwelt und die Biodiversität aus. In 60 % der Oberflächengewässer schwimmt Glyphosat – übrigens neben vielen anderen Giften. Das Umweltbundesamt warnt eindeutig vor den Folgen für die Artenvielfalt. Auch die Auswirkungen auf das Leben im Boden sind dramatisch. Das kann man doch nicht wegdiskutieren. Natürlich möchte der Bauernverband Glyphosat weiter einsetzen; angeblich braucht die Landwirtschaft das Mittel sogar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir unsere Lebensmittel aber nur noch mithilfe eines Totalherbizids erzeugen können, dann läuft doch grundsätzlich etwas falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inzwischen ist Glyphosat das meistverkaufte Herbizid in Deutschland. Auf 40 % der Ackerflächen wird es mittlerweile eingesetzt. Damit ist doch eines klar: Die Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet weiter voran, und das Schmiermittel heißt Glyphosat. Diese Landwirtschaft kann man aber langsam nicht mehr bäuerlich nennen, die uns doch allen so sehr am Herzen liegt. Oder habe ich die CSU da falsch verstanden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es nicht nur um Glyphosat, hier geht es um die grundsätzliche Ausrichtung unserer Landwirtschaft. Wir GRÜNE erwarten von Ihnen heute ein deutliches Signal. Stellen Sie sich wie schon letzte Woche gegen die eigene Ministerin, stellen Sie sich gegen die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung – wenn das Ihr Wille ist, dann lehnen Sie unseren Antrag ab! Alle anderen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwischenbemerkung 1

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich habe jetzt zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Frau Kollegin Steinberger, bitte. – Sie haben das Mikrofon.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Schorer-Dremel, ich habe eine erste Frage. Sie sagen, wir warten ab, bis ein Bericht der letztendlichen Instanz da ist. Das ist wohl die EU-Kommission oder möglicherweise der Europäische Rat. Dann gibt es einen Bericht an den Bayerischen Landtag. Entschuldigung, was soll es denn noch für einen Sinn machen, dass wir uns hier eventuell ein Bild machen und unsere Schlüsse ziehen, wenn die Genehmigung für Glyphosat letztendlich verlängert ist? – Dann macht es keinen Sinn mehr, uns nochmal mit diesem Thema zu beschäftigen, weil es dann durch ist. Wir müssen uns vorher damit beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Punkt zwei. Sie haben die Entscheidung im Europaparlament angesprochen, wo es um Verbesserungen wie Einschränkungen der Genehmigung usw. gegangen ist. Das hat mitnichten mit unserer Umweltministerin zu tun, die das vielleicht auch möchte, sondern das waren Anträge aus dem Europaparlament, zum Beispiel aus der Fraktion der GRÜNEN. Das kann man nicht der bayerischen Umweltministerin zugutehalten. Das war eine Entscheidung, die im Parlament getroffen worden ist.

Drittens. Sie sagen, alles sei transparent und die ganzen Untersuchungsergebnisse würden veröffentlicht. Was sagen Sie dazu, dass die Glyphosate Task Force einen Leseraum einrichten möchte, damit Abgeordnete dort diese Untersuchungsergebnisse nachlesen können. Ist das tatsächlich Transparenz, wie Sie sie sich vorstellen? – Unsere Vorstellung ist ein bisschen anders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwischenbemerkung 2

Präsidentin Barbara Stamm: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch Redezeit. Bitte, Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte um Ruhe, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ich bin Ihnen noch eine Erklärung schuldig. Der Kollege Kraus hat vorhin gesagt, dass sich die GRÜNEN im Europaparlament enthalten haben. Das ist richtig. Das war bei der Schlussabstimmung. Wir haben natürlich alle Anträge abgelehnt, in denen es um die Verlängerung der Genehmigung gegangen ist. Unser Antrag, das Verbot durchzusetzen, hat keine Mehrheit gefunden. Dann hat unsere Fraktion, wie Frau Schorer-Dremel gesagt hat, all diese Einschränkungen durchgebracht, sei es Sikkation, seien es private Flächen, seien es öffentliche Flächen. Das waren sehr knappe Abstimmungen, teilweise nur mit ein paar Stimmen Unterschied. Um das nicht zu gefährden, um nicht am Schluss die ganze Abstimmung zu kippen, haben sich die GRÜNEN im Europaparlament bei der Schlussabstimmung enthalten. Das ist der Grund: Man wollte diese wenigen Verbesserungen, die man hier erreichen konnte, nicht gefährden.

(Beifall bei den GRÜNEN)